

Zukunfts(t)räume Generationengespräche zu Ostdeutschland

14. April 2021 16-19:30 Uhr

Ergebnisprotokoll des **Open Space I: Strukturwandel, Digitalisierung und Klimawandel**

17.25-18.40 Uhr

Online via Zoom

Verfasserin: **Lisa Albrecht**

Podiumsteilnehmer innen:

Kevin Kühnert, stellvertretender Vorsitzender der SPD

Katja Müller, Leiterin des Strategischen Personalmanagements und Führungskräfte der LEAG (Lausitz Energie Bergbau AG)

Jakob Springfeld, Fridays for Future Zwickau

Moderation:

Matthias Ecke, Europabeauftragter der SPD Sachsen

Im Rahmen der Veranstaltung „Zukunfts(t)räume – Generationengespräche zu Ostdeutschland“, die am 14. April 2021 digital stattfand, beschäftigte sich der Open Space I mit der Frage, wie die Erfahrungen der Wendejahre für aktuelle und bevorstehende Transformationsprozesse – beispielsweise mit Blick auf die Digitalisierung oder den Klimawandel – nutzbar gemacht werden können und auf welche Art und Weise Bürger_innen bei diesen Wandlungsprozessen miteingebunden werden können.

Eröffnet wurde die Diskussionsrunde durch Kurzinputs der drei Podiumsteilnehmer_innen. Den Anfang machte dabei **Katja Müller**, Leiterin des Strategischen Personalmanagements und Führungskräfte der Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG). Müller ging zunächst darauf ein, dass der aktuelle Strukturwandel die Energiebranche zwar vor große Herausforderungen stelle, ihrer Meinung nach dadurch aber auch neue Chancen für Wachstum und Innovation entstehen. In der ostdeutschen Energiebranche begegnen viele Arbeiter_innen diesen Potentialen laut Müller jedoch mit Skepsis, was sie auf die negativen Erfahrungen, die diese im Zuge der Transformationsprozesse der 90er Jahre erlebt hatten, zurückführte. Sie verdeutlichte dies am Beispiel ihres Unternehmens: während die Vorgängerunternehmen der LEAG zur Zeit der Wende rund 100.000 Arbeiter_innen beschäftigte, seien es heute nur noch an die 7.500. Da bis zum Jahr 2035 durch das Abschalten von weiteren Kraftwerksblöcke mit einem weiteren Stellenrückgang zu rechnen sei, haben viele Beschäftigte die Sorge, der aktuelle Strukturwandel könnte sich noch nachteiliger für sie und ihre Region auswirken, als die Transformationsprozesse der Wende. Verstärkt werden diese Sorgen laut Müller außerdem dadurch, dass viele Beschäftigte mit dem Ende des Kohleabbaus nicht nur ihre materielle Grundlage in Gefahr sehen,

sondern auch die eigene Identität. Denn gerade der Bergbau verfüge über eine eigene Kultur mit gewachsenen Traditionen, mit denen sich viele Beschäftigte und auch ganze Regionen, wie etwa die Lausitz, identifizieren. Um den Arbeitnehmer_innen dieser Branche ihre Ängste zu nehmen, sei es laut Müller wichtig, diese in die aktuellen und noch bevorstehenden Veränderungsprozessen aktiv miteinzubeziehen. Müller plädierte daher dafür, breit angelegte Dialoge über die Zukunft des Energiesektors nicht nur innerhalb der betroffenen Unternehmen selbst, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene zu führen.

Vor dem Hintergrund der von Müller geschilderten Sorgen, die viele Ostdeutsche aufgrund ihrer Erfahrungen der Wendejahre hinsichtlich des aktuellen Strukturwandels haben, stellte Moderator **Matthias Ecke** dem zweiten Podiumsteilnehmer **Jakob Springfeld**, Aktivist von Fridays for Future in Zwickau, die Frage, inwiefern sich die Arbeit von Fridays for Future in Ostdeutschland von der in Westdeutschland unterscheidet. Laut Springfeld spiele innerhalb der Bewegung „die Herkunftsfrage“ keine Rolle. Als gesellschaftsumfassendes Problem sei der Klimaschutz nur gemeinsam zu erreichen, weswegen keine Grenzen zwischen Ost und West gezogen werden sollten. Seiner eignen Erfahrung nach finden sich in vielen ostdeutschen Städten und Gemeinden Menschen unterschiedlicher Generationen zusammen, die sich für Klimaschutz stark machen. Jeder noch so kleine Ort in Ostdeutschland habe laut Springfeld somit das Potential zu einer „Keimzelle progressiven Wandels“ zu werden. Im Unterschied zu vielen Orten in Westdeutschland seien Klimaaktivist_innen in Ostdeutschland jedoch verstärkt der Repression durch Rechtsextremist_innen ausgesetzt. Springfeld rief daher dazu auf, Aktivist_innen besser vor diesen Anfeindungen zu schützen, damit sich das progressive Potential der ostdeutschen Zivilgesellschaft auch in Zukunft entfalten kann.

Im Anschluss an die Inputs von Müller und Springfeld stellte Ecke **Kevin Kühnert**, stellvertretender Vorsitzender der SPD, die Frage, ob dem aktuellen Strukturwandel in Ost- und Westdeutschland seiner Meinung nach unterschiedlich begegnet werde. Zwar lehnte Kühnert die Vorstellung ab, es ließen sich pauschale Aussagen über die Menschen in Ost- und Westdeutschland treffen, dennoch haben ihm seine Erfahrungen gezeigt, dass Ostdeutsche Zukunftsversprechen skeptischer gegenüberstehen als Westdeutsche, was er auf deren unterschiedliche Erfahrungen während der Wendezeit zurückführte. Obwohl sich die Lebensverhältnisse im Osten und Westen Deutschlands im Laufe der vergangenen 30 Jahre angeglichen hätten, bestehen laut Kühnert in vielen Bereichen – wie etwa dem Lohnniveau – immer noch große Unterschiede. Vor diesem Hintergrund begriff Kühnert den aktuellen Strukturwandel auch als Gelegenheit diese Ungleichheiten zu beseitigen.

Nach diesen Inputs eröffnete Ecke die Publikumsdiskussion, in der zum einen diskutiert wurde, welche materiellen Grundlagen für einen erfolgreichen Strukturwandel in Ostdeutschland notwendig sind und zum anderen, welche Rolle die Zivilgesellschaft bei diesen Transformationsprozessen spielt. Mit Bezug auf ersteres könne laut **Oliver Heinrich** von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie Energie (IGBCE) der Strukturwandel nur gelingen, wenn dieser durch eine aktive Industriepolitik begleitet werde, die neben Unternehmensinvestitionen auch Investitionen in Infrastrukturprojekte umfassen müsse. Um auch für zukünftige Generationen attraktive Jobs garantieren zu können, sei es Heinrich zufolge außerdem wichtig, den Unternehmen genügend Zeit zur Anpassung an den Strukturwandel einzuräumen. Auch **Johannes Stämmler**

vom Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS) in Potsdam war der Meinung, dass ein für Ostdeutschland erfolgreicher Strukturwandel eine aktive Industriepolitik voraussetze, denn nur so könne man jungen Generationen die Aussicht auf zukunftsfähige Jobs in ihren Heimatregion geben. Da der Strukturwandel jedoch nicht nur Unternehmen betreffe, sondern „eine Gemeinschaftsaufgabe“ sei, müsse Stämmeler zufolge auch die Zivilgesellschaft in diese Transformationsprozesse miteinbezogen werden. Für eine größere Beteiligung der Zivilgesellschaft sowie der Bürger_innen im Allgemeinen machte sich auch **Tom Hohlfeld** stark. Er kritisierte, dass Bürger_innenbeteiligung oft erst dann erfolge, wenn eine Krise bereits eingetreten sei, weswegen es seiner Meinung nach mehr „antizipierende“ Bürger_innenbeteiligung brauche.

Ebenso sah **Cesy Leonard** von den Radikalen Töchtern, einem politischen Künstler_innenkollektiv, in der Bürger_innenbeteiligung ein zentrales Instrument, den Menschen in Ostdeutschland die Angst vor dem Strukturwandel zu nehmen. Sie plädierte daher dafür, gesellschaftliches Engagement stärker zu fördern und rief bestehende zivilgesellschaftliche Initiativen außerdem zu einer besseren Vernetzung untereinander auf. **Ben Djawid** und **Theresia Crone** verwiesen in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Schule. Laut Djawid und Crone setze die Bereitschaft zur Transformation Kreativität voraus. Diese werde durch das aktuelle Schulsystem jedoch nicht gefördert, weswegen der Strukturwandel auch von einer Reformation des Schulsystems begleitet werden müsse.